

Öffentliche Förderung der Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern

Mit einem Kompromiß haben SPD und PDS in Schwerin am Montag abend ihren Streit über einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und Sozialfragen beigelegt. Bei den Gesprächen über eine Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern konnte die PDS von ihren ursprünglich verlangten 5 000 öffentlich geförderten Dauerarbeitsplätzen lediglich 1 000 im Jugendsozialbereich durchsetzen.

Daneben sollen im Rahmen der Möglichkeiten auch öffentlich geförderte Dauerarbeitsplätze in der Sucht-, Drogen-, Schuldner- oder Schwangerenberatung entwickelt werden. Über mögliche Beschäftigtenzahlen und Finanzierungsnummern wurde noch nichts bekannt.

Nach: die Tageszeitung, Nr. 5665 vom 21.10.1998

